

Beschluss 10: *Gegen die Hartz-Gesetze – für eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik*

Die mit den Hartz-Gesetzen beschlossenen beschäftigungspolitischen Maßnahmen sind in ihrer Grundausrichtung falsch, weil sie auf eine Disziplinierung der Arbeitslosen statt auf eine Ausweitung des Angebots an Arbeitsplätzen zielen.

Wir fordern daher:

- 1 Die Rücknahme aller Hartz-Gesetze.
- 2 Eine Ausrichtung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auf die Schaffung von Arbeitsplätzen.
Dies beinhaltet insbesondere:
 - a Die Ausweitung der öffentlichen und öffentlich finanzierten Beschäftigungsmöglichkeiten durch
 - das Ende der Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst,
 - die Rücknahme des Abbaus der ABM und SAM-Maßnahmen und
 - den Ausbau des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.
 - b Die Ausweitung der öffentlichen Investitionen.
- 3 Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfordert:
 - a Das Ende der elenden Bemühungen um einen Steuerabbau, der im Kern sowieso nur eine Entlastung der Hochverdiener darstellt sowie
 - b die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, verbunden mit einer am Marktwert orientierten Bewertung von Grundvermögen, wie sie dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts entspricht.
- 4 Die Politik der Arbeitszeitverkürzung und des Überstundenabbaus muss fortgesetzt werden. Die Gewerkschaften müssen mit dieser Forderung wieder gegen den derzeitigen Trend zur Verlängerung der Arbeitszeit in die Offensive kommen.